

Breslauer



Beitrag.

N^o. 296.

Freitag den 25. Oktober

1850.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Berlin, 24. Oktbr. Die bei Weimar konstituierenden Truppen unter Kommando des Generalmajors Bonin haben Befehl erhalten, sich mit den in Thüringen stehenden zu vereinigen. Sie haben gestern ihren Marsch auf der Etappenstraße über Weisfeld und Hersfeld gegen Erfurt angetreten, und werden spätestens am 26. d. M. sämtlich das großherzoglich sächsische Gebiet erreichen.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Paris, 22. Oktober. Bei einem Bankett, das zur Einweihung der Eisenbahn von Nevers stattfand, machte Dupin tabulade Anspielungen auf die vom Präsidenten der Republik abgehaltenen Reuen.

Einem Gerüchte zu Folge soll General Schramm den Kriegsminister Gantpoul ersetzen.

Die Herren Guizot und Montalivet ambiren um die Neuwahl in Cher.

Bei Eröffnung der Legislativen wird das Ministerium mehrere Gesetze einbringen.

Man erwartet, daß der Moniteur einen günstigen Ausweis der Einnahmen bringen werde.

3% 57, 80. 5% 93, 40.

Samburg, 23. Oktober. Berlin-Hamburger 89. Köln-Minden 96 1/2.

Roggen 124 Pfd., p. Frühjahr 58 geboten. Del p. Oktober 24 1/2, p. Mai 22 3/4. Kaffee matt, ohne Frage. Zink stille.

Stettin, 23. Oktober. Roggen p. Herbst 35 Br., p. Frühjahr 38 Br. Rüböl p. Herbst 12 1/2 Br., p. Winter 11 3/4 Br. Spiritus p. Herbst 21 1/2, p. Frühjahr 21.

Frankfurt a. M., 23. Oktober. Die bairischen Truppen sind bis zur kurhessischen Grenze vorgerückt. Der Kommandirende, Fürst von Thurn und Taxis ist hier angekommen. (S. den Artikel Frankfurt unter „Deutschland.“)

Nordbahn 41. Wien 99 1/4.

London, 21. Oktober. Consois 97 1/2 bis 5/8. Getreide stark Zufahren. Preis unverändert. Kaffee fest. Ceylon 57 Schilling. Zucker preishaltend. Baumwolle etwas angenehmer. Zink sehr flau.

Kopenhagen, 21. Oktober. Anfang nächsten Monats wird durch einen Kommissar im Herzogthum Lauenburg von Beamten und Militär der Eid der Treue für den König-herzog abgenommen werden.

Uebersicht.

Breslau, 24. Oktober. Da man in Berlin immer noch darüber in Ungewißheit ist, welche Politik Preußen befolgen wird, so beschäftigt man sich einmüthig mit Kombinationen über die Stellung und das Verhältnis von Preußen gegenüber Rußland-Oesterreich, sowie über die Unwahrscheinlichkeit eines Bündnisses mit Frankreich gegen Oesterreich. — Die Gerüchte von einer Ministerkrise in Berlin sind, wie wir schon gestern vernommen, ungegründet. — Die Truppenbewegungen dauern mit gleicher Lebhaftigkeit fort, vermögen aber kein Interesse zu erregen, da man an den Ausbruch eines Krieges nicht glaubt. — General Cavaignac ist durch Köln und Koblenz passiert. Man sagt, er gehe in einer noch unbekanntem Mission nach Frankfurt a. M.

Die Berliner Constitutionelle Zeitung läßt sich aus Frankfurt a. M. melden: daß der dortige sogenannte Bundestag zwei Jahre Beschlässe gefaßt habe, nämlich die Abwendung eines Kommissars nach Schleswig-Holstein, der dort Wassenruhe gebieten sollte, und das Ansuchen an Preußen, mit seinen Truppen Baden zu räumen. Ja, ein dritter Beschluß sei in diesen Tagen noch zu erwarten, nämlich das Gebot an Preußen: sofort Hamburg von der preuß. Besatzung zu befreien. — Wir unfererseits glauben an diese Beschlässe nicht, denn Preußen müßte solche Schmach mit der Aufhebung des Frankfurter Klubs beamtwerden.

Der Ober-Kommandeur des bairischen Observations-Corps, welches sich hart an der kurhessischen Grenze aufgestellt hat, Fürst Thurn und Taxis, ist am 22. Oktober in Frankfurt eingetroffen. Man meint, die Baiern werden noch diese Woche, und zwar Mittwoch den 23. Oktober, in Kurhessen einrücken.

In Kurhessen rückt der entscheidende Schlag immer näher. Die Bemühungen Ebers, ein Ministerium zu bilden, sind vergeblich gewesen. Wahrscheinlich hat er sich zu keiner Politik entschließen wollen, die ganz im Sinne Oesterreichs auf den Umsturz der Verfassung hinabreichte. Man hat deshalb den vornehmlichen Staatsrath Schesler zum Minister ernannt, und in ihm vorausichtlich ein Werkzeug für die Pläne des österreichischen Bundestages gefunden.

In Baiern ist der kriegerische Dummel schon verraucht. Am 21. Oktober wurde zu München ein Kriegsrath gehalten, in welchem man an keinen Krieg dachte, weil — das Gedo leßt. Ja nicht einmal zum Kammern geht Geld da, und deshalb fängt man schon an, die kaum eingetretenen Militärs wieder zu beurlauben.

Die zweite Kammer zu Karlsruhe hat am 21. Oktober beschloffen, die Regierung anzuempfehlen, die Untersuchung gegen die bei der Revolution Minderbetheiligten vollständig niederzuliegen.

In Hannover fängt die Ministerkrise wieder an zu spuken. Die Minister haben ungefähr 30 Bedingungen aufgestellt, unter denen sie bleiben wollen. Dem Könige gefallen einige derselben nicht.

Aus den von den Dänen besetzten Distrikten Schlesiens hat sich die Kunde herübergehoben: daß die dänische Armee in Balde einen Angriff auf das schleswig-holsteinische Heer machen werde. Wahrscheinlich fürchten Zene: daß der Frost bald den Weg zu ihnen bahnen werde, und dem wollen sie zuvorkommen.

Preußen.

Berlin, 23. Oktbr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Kommandanten von Küstrin, General-Major v. Corvin-Wiersbicki, den Steen zum rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem kaiserlich russischen Major und Flügeladjutanten Fürsten Michael Labanoff-Rostoffsky den St. Johanniers-Orden; so wie dem Steuerassessor Klinert zu Friedeberg das allgemeine Ehrenzeichen, und dem bei dem Ober-Berg-Amte zu Halle angestellten Ober-Berg-Revisor Thiele, so wie dem Haupt-Kassen-Rendanten Philipp daselbst den Charakter Rechnungsrath zu verleihen.

C. C. Berlin, 23. Oktober. [Die Träume von einem konstitutionellen Oesterreich.] Die Augsburger Allgemeine Zeitung erklärt, dochwohl im Sinne der bairischen Regierung, daß, wenn Oesterreich den Absolutismus wiederherstelle, die konstitutionellen Kräfte sich von ihm trennen müßten. Herr Stäube in Hannover scheint zwar Oesterreich den Absolutismus daheim zu gönnen, verlangt aber dem Vernehmen nach ein Volkshaus für den deutschen Bund, also konstitutionelle Formen auch für Oesterreich als Mitglied des letztern. Ähnlich lesen wir aus Thüringen, daß man dort, falls die Union nicht zu Stande käme, hoffe, wenigstens beim Bundestage eine parlamentarische Vertretung zu erlangen. Mit einem Worte, es giebt auch außerhalb Wiens Leute, die alles Ernstes meinen, Oesterreich könne, werde jemals, sei es bei sich zu Hause oder in Frankfurt konstitutionell sein.

Wir geben diesen Leuten Eines zu bedenken, wenn Oesterreich das könnte, wäre es vermuthlich längst ein konstitutioneller Staat. Es ist ganz falsch, wenn die Augsburger Allgemeine Zeitung von „Wiederherstellung“ des Absolutismus in dem Kaiserstaate spricht. Derselbe hat noch niemals aufgehört, ein absolutistischer Staat zu sein.

Könnte er aber etwas Anderes sein, fände er in dem Konstitutionalismus seine jetzige Lebensbedingung, wer möchte zweifeln, daß alsdann ein so energisches, thatkräftiges Gouvernement, wie das kaiserliche, schon längst ganz andere Schritte zur Ausführung der Dmürger Verfassung gethan hätte, als bisher?

Nach § 38 dieser Verfassung soll der allgemeine Reichstag alljährlich im Frühjahr, nach § 39 der erste Reichstag im Frühjahr 1850 zusammentreten, nachdem im Laufe des Jahres 1849 alle Verfassungen der einzelnen Kronländer in Wirksamkeit getreten sind. Weber das Eine noch das Andere ist bis jetzt geschehen. Wäre es aber überhaupt mit der Verfassung ernst gemeint, wie viel Veranlassung hätte man auch ohne dies gehabt, den Reichstag zu versammeln! Wäre nicht, um nur dieses anzuführen, die Garantie des Reichstags das einzige wirkliche Mittel, der furchtbaren Finanznoth abzuhelfen? Würde nicht eine ernstlich konstitutionelle Regierung unter diesen Umständen sogar mit einem Provisorium von Reichsversammlung zufrieden sein, wenn die Verfassung kein Definitivum zuließe? Statt aber dieses natürlichste und einzig wirksame Mittel zu ergreifen, was thut man? Man hilft sich lieber mit den allerverderblichsten, geradeswegs zum Bankerutt führenden Palliativen. Solche unwiderstehliche Furcht hat man und muß man dort vor einem Reichstage haben. Ja! Man muß sie haben. Denn wir unfererseits sind stets darin gerichtet gegen Oesterreich gewesen, daß wir zugehänd haben, ein so zusammengefügter Staat könne nicht frei, nicht verfassungsmäßig regiert werden. Wie thöricht, wenn die „Ausg. Ztg.“ meint, der Absolutismus werde Oesterreich isoliren und zerstören! Gerade der Absolutismus hat Oesterreich zusammengehalten bis auf diesen Tag, und gerade seine Spaltung ist schon zweimal, 1806 und 1848, das Mittel geworden, den Staat vom Untergange zu retten.

Wie wenig kennen die Träumer von einem konstitutionellen Oesterreich das Wesen und den Grund der Existenz dieses Staats! Oesterreich kann nicht als Ganzes konstitutionell sein, weil seine Volkselemente sich niemals wirklich verschmelzen werden, ein Reichstag also niemals einträchtig wirken, sondern stets nur für partikuläre Interessen, die einander feindlich sind, in die Schranken treten wird. Oesterreich kann auch nicht einmal mit seinen deutschen Landen allein konstitutionell sein, weil dies Beispiel unsehbar bald ansteckend auf die Neigung seiner außerdeutschen Bevölkerungen wirken würde. Oesterreich kann endlich auch nicht einmal bloß zu Hause absolutistisch, als Glied des deutschen Bundes aber konstitutionell sein, weil seine Volksgesetzten ihm aus Frankfurt den Konstitutionalismus so gewis ins eigene Haus zurückbrächten, als sie dies 1848 gethan.

Was also kann Oesterreich einzig und allein, bei sich wie in Frankfurt wollen? Ein absolutes Regiment der reinsten Art, dort ein absolutistisches Ministerium, das alle Repräsentation des Volks vereitelt oder doch zum leeren Schein herabdrückt, wie vor 1848, und hier — den reaktivirten Bundestag!

Berlin, 23. Okt. [Auswärtige Politik. — Die Kammern. — Die Herren von Radowig, von Mantuffel.] Alles, was man über den Warschauer Kongreß vernimmt geht dahin, daß die Aussichten für Erhaltung der alten Beziehungen zu Rußland wenig sprechen. Dessen ungeachtet wird es zu einem ersten Konflikt zwischen der österreich-russischen und der preussischen Politik nicht kommen. Man wird sich mit gegenseitigem Groll (wenigstens der Ministerien) verständigen, — das wie? wird erst in einiger Zeit beantwortet werden können. In der schleswig-holsteinischen Angelegenheit wird diesfalls nur in Gemeinschaft mit Oesterreich eine Sicherstellung Holsteins versucht werden. Sie sehen, die auswärtige Politik verspricht für die nächste Zeit wenig Außerordentliches. Daß Frankreich die Hand zu einem Bündnisse bietet, wird ohne praktischen Werth bleiben. Es sind in dieser Beziehung in der preussischen Politik Umschwünge vorherrschend, die es gewissermaßen für einen revolutionären

Schritt erklären würden, wollte die preussische Krone eine Allianz mit dem französischen Präsidentenstuhle gegen die österreichische Politik schließen. Es ist hierbei nicht zu übersehen, daß eine Allianz, wie die von Frankreich angetragene, allerdings auch den Charakter eines Schutz- und Trugbündnisses mit dem „Prinz-Präsidenten“ hätte. Hierzu würde man sich nur entschließen, wenn der Krieg unvermeidlich wäre. — Die Kammern erwartet man mit großer Spannung. Die Regierung bereitet sich auf eine bedeutende Opposition vor. Zunächst wird man das Budget vorlegen und hier wird man seine Stärke erproben. Die 18 Millionen sind bekanntlich verbraucht und dazu noch ein Defizit von einigen Millionen. Herr v. Radowig soll mehrfach mit Abgeordneten verschiedener Fraktionen in Verhandlungen stehen. Mit dem jüngern Camphausen hat Herr v. Radowig Konferenzen gehabt, die sich auf die künftigen Kammerverhandlungen bezogen. Auch mit dem älteren Camphausen ist Herr v. Radowig in Verbindung getreten. — Herr v. Mantuffel ist sehr miszmüthig, daher ein fortwährendes Gerede von seinem Rücktritt. Es ist daran nicht zu glauben, der König läßt Herrn v. Mantuffel nicht aus dem Amte, in welchem dieser auch, da es jetzt namentlich an prinzipiellen Streitigkeiten im Ministercath fehlt, verbleiben kann. Der Wisnith des Hrn. v. Mantuffel ist zur Zeit schwerlich aus der Radowigischen Politik abzuleiten.

[Die Oberbürgermeister-Wahl.] Für die nächsten Tage steht hier eine sehr wichtige Wahl bevor, — es handelt sich um den neuen Oberbürgermeister von Berlin. Der Gemeinderath hat vier Kandidaten auf die engere Liste gesetzt, die Herren: Freiherr v. Patow, Peters, Raunann und v. Selchow. — Alle vier Kandidaten haben einen Widerspruch der Regierung nicht zu fürchten. Es handelt sich also darum, unter ihnen den Mann zu finden, der mit Charakterfestigkeit, Energie und Verwaltungskenntnissen auch die schätzenswerthe Eigenschaft des Repräsentirens besitzt, einen Mann, der bereits in umfangreichen Verwaltungsgeschäften seine praktische Fähigkeit dokumentirt hat. — Herr Peters, jetzt Polizeipräsident in Königsberg, früher als Regierungsrath beim hiesigen Polizeipräsidentium beschäftigt, hat in dieser Stellung eine Treue, Verwaltungskennntnis und Humanität entwickelt, die ihn in der That sehr empfehlenswerth machen; stände diesen Eigenschaften auch die einer Repräsentationsfähigkeit, einem Bekanntheit mit den Kommunalverhältnissen, ein weit gekanntes Name in gleichem Maße zu Seite. Dasselbe gilt von Herrn v. Selchow. — Anders aber ist es mit Herrn v. Patow, dem frühern Ober-Präsidenten der Provinz, der einheimisch wie kein Anderer neben den eminentesten Verwaltungstalenten auch die glänzenden Eigenschaften besitzt, die die Stellung eines Oberbürgermeisters von Berlin erfordert. — Herr v. Patow scheint nun auch derjenige zu sein, welcher bereits der Majorität sicher ist. In dieser Wahl würde ein Akt zu begrüßen sein, der den Wünschen der Einwohnerschaft in seltenem Maße entspräche, — um so wichtiger, als es der erste öffentliche Schritt des neuen Gemeinderaths wäre. (C. B.)

Die Berliner „Nationalzeitung“ meldet: „Da die Staatsdepeschen die Telegraphen jetzt so sehr zu beschäftigen scheinen, daß die Ankunft von Privatdepeschen ungebührlich lange verzögert wird, müssen wir uns bis diesen Augenblick noch darauf beschränken, hier mitzutheilen, daß einer uns zugehenden Nachricht zufolge im anwesentlichen Ministerium heute Nachmittag folgende beide wichtige Nachrichten auf telegraphischem Wege angekommen sein sollen: 1) Die Baiern seien in Hanau eingerückt, und 2) von Seiten des k. g. Bundestags sei an Preußen die Aufforderung gerichtet worden, das Großherzogthum Baden innerhalb dreier Monate von preussischen Truppen zu räumen Sollte die erstere dieser Nachrichten ihre Bestätigung erhalten, so würde damit eine der Eventualitäten eingetreten sein, unter denen die Generale Götzen und Radzwill den Befehl erhalten haben, ohne Weiteres in Kurhessen einzurücken.“

Bei der Neuwahl für den bisherigen Abgeordneten des 9ten pommerischen Wahlkreises zum deutschen Volkshaus, General-Major v. Brand, ist der Bürgermeister Andoward in Ueckermünde mit Stimmenmehrheit gewählt worden und hat die Wahl angenommen.

Der Regierungs-Präsident Kühnleitter zu Wachen hat sein Mandat als Abgeordneter des ersten Wachsen Wahlkreises für die zweite Kammer niedergelegt. Eben so der Kommerzienrath Leopold Schödl, der zu Düren sein Mandat als Abgeordneter zu derselben Kammer für den zweiten Wachsen Wahlkreis. Zu den Neuwahlen für beide Mandate ist sofort Einleitung getroffen.

Am 21. d. Mts. kamen hier 932 Personen an und reisten 652 ab. Angekommen: Der französische Kabinets-Courier Guérault von Petersburg, der dänische Wirkliche Geh. Conferenz-Rath v. Pöhlin und der k. dänische Kammerherr v. Sid aus Wien, der kaiserl. österreichische Gesandte v. Döhlhoff von Dresden. (C. C.)

Brandenburg, 22. Oktbr. [Militärisches.] Gestern früh traf bei dem Kommando des königl. 6ten Kürassier-Regiments (Kaiser von Rußland) unerhofft die Nachricht ein, daß das Regiment sich marschfertig zu halten habe, und heute folgte dieser Nachricht der Befehl, daß dasselbe sofort über Belgien-Wittenberg den Marsch nach Erfurt antreten solle. In Folge dieses Befehls verläßt uns morgen das uns seit so langen Jahren lieb gewordene, in vollem Sinne des Wortes einen Theil der Einwohnerschaft Brandenburgs bildende Regiment, begleitet von unsern herzlichsten Wünschen. (Reform.)

Stettin, 23. Oktober. [Militärisches.] Vorgestern Mittag sind die von Berlin hierher beordert gewordenen 2 Compagnien des 9. (Kolberger) Regiments nach Berlin zurückgekehrt. An demselben Tage ging ein Bataillon des 8. Regiments auf der Eisenbahn von Posen hier durch nach Berlin.

Ein hiesiges Blatt will wissen, daß das Marine-Transport-Schiff „Merkur“ noch nicht in See gegangen sei, sondern in Swinemünde noch seiner näheren Instruktion zur Uebungsfahrt nach Brasilien gewärtig. (Dresdener.)

Düsseldorf, 20. Oktbr. [Berichtigung.] Die hier erscheinende Rhein-Zeitung enthält heute mit Bezug auf ein durch die Würtemberger Zeitung verbreitetes Schreiben über den Empfang der preussischen Offiziere zu Wresen Folgendes:

„Der Empfang der Offiziere soll nach jenem Schreiben nicht von besonderer Aufmerksamkeit gezeugt haben; sie seien zwar zur kaiserlichen Tafel gezogen worden; aber im Uebrigen sei nur eben das geschehen, was geschehen mußte. Ein Privatbrief setzt mich in den Stand, diese Nachricht zu vervollständigen und theilweise auch zu berichtigen. Die aus 12—15 Offizieren bestehende Deputation ist von ihrer Aufnahme vollkommen befriedigt zurückgekehrt; der Kaiser hat sie sehr gnädig empfangen, an jeden Einzelnen einige Worte gerichtet und zur Tafel gezogen. Bei der Abfahrt der Offiziere war eine Kompagnie Oesterreicher und die Musik aufgestellt, welche letztere das Lied: Heil dir im Siegerkranz, spielte. Ausdrücklich wird in dem erwähnten Briefe noch hinzugefügt, der Empfang sei ein solcher gewesen, daß man meinen sollte, Preußen und Oesterreich seien die besten Freunde. Uebrigens war die Begrüßung durch die preussischen Offiziere nur die Erwiderung einer Artigkeit, welche in ähnlicher Weise von Seiten österreichischer Offiziere dem Prinzen von Preußen während seiner Anwesenheit in Konstantz am 20ten v. M. erwiesen wurde oder vielmehr erwiesen werden sollte, da zufällig das Schiff, welches die österreichischen Generale zc. brachte, erst eine Stunde nach der Abreise des Prinzen dort eintraf.“

Köln, 22. Oktober. Am Sonnabend langte der General Cavaignac, von Wachen kommend, hier an, stieg in ein Schiff, ließ seine Familie in Bonn und fuhr bis Biebrich. (Wie verlautet, begiebt er sich zu einem noch unbekanntem Zwecke nach Frankfurt.) (Düsseld. Z.)

Weimar, 21. Oktbr. [Militärisches.] In Folge einer in letzter Nacht durch Staffete hier eingetroffenen Weisung aus Berlin ist den hier und in der Umgegend stehenden Truppenheilen vom Corps-Kommandanten der Befehl heute ertheilt worden, sich marschfertig zu halten. Personen, die näher unterrichtet sein können, bezeichnen Mittwoch den 23. d. M. als den Tag, an welchem das Corps gegen Wurgburg aufbrechen wird, insofern bis dahin nicht etwa Gegenbefehl kommen sollte. — Auch heute kamen wieder auf der Straße von Koblenz her lange Truppenzüge: Kavallerie und Infanterie. Das von den weiter nachrückenden Truppen einzelne Abtheilungen in die benachbarten nauffischen Orte verlegt werden, scheint unter diesen Umständen kaum noch einen Zweifel zu unterliegen. Wir stehen also am Vorabend von Ereignissen, deren Lösung nicht lange auf sich warten lassen wird; indes ist man hier der Meinung, daß ein Einmarsch königlich bairischer Truppen in das Fuldische von preussischer Seite keinen Einspruch finden wird. (D. P. A. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 21. Oktbr. [Leeres Stroh.] Heute zum erstenmal begegnen wir ersten bedenklichen Mienen bei hiesigen Diplomaten und Berghmännern. Es sagt sich ein Jeder, daß das beinahe grundlose Maas preussischer Geduld und Friedfertigkeit erschöpft sein muß. Schon gestern glaubte man in der freien Sprache der „Neuen Münchener Ztg.“ eine Kriegserklärung der partikuläristischen Reaktion gegen Preußen und gegen das nach freier nationaler Staatsentwicklung eingende Deutschland zu erblicken; heute gefellen sich dazu sehr bestimmte Gerüchte von einem so weitreichenden Angriffssplan wider den preussischen Staat, daß ihn nur das scharfe Schwert der gefährdeten ersten deutschen Macht wohl vernichten können. Im Klubb der Bundestaglichen sollen zwei folgenreichere Beschlässe gefaßt sein. Nach dem ersten würde ein „Bundes-Kommissariat“ in Holstein Wassenruhe zu gebieten, nach dem zweiten Preußen das badische Land binnen kurzer Frist zu räumen haben; ein dritter noch zu erwartender Beschluß des Klubs würde der preussischen Regierung auch das Zurückziehen ihrer Truppen aus Hamburg „gebieten“. Außerdem kursirt in kommerziellen Kreisen die Nachricht, daß bairische Truppen noch vor Ablauf der Woche in Kurhessen eingerückt sein würden. Wir haben Gelegenheit gehabt uns davon zu überzeugen, daß dies auch die feste Annahme auf österreichischer Seite ist. In an einer Stelle, wo man besonders wohl unterrichtet sein mußte, erwartete man nämlich den Befehl zum Abmarsch des hiesigen bairischen Jäger-Bataillons. Es hieß zwar, daß zwei Kompagnien desselben nach Würzburg verlegt werden sollten; allein diese Verleson ist nach Maßgabe aller übrigen Umstände unglauwürdig; sie kann daher nur zur Bestätigung dienen, daß etwas Anderes im Werke ist. Ebenso wird die Niedrigkeit einer Meldung der „Münchener Ztg.“, daß das hiesige österreichische Jäger-Bataillon der bairischen Division bei Aschaffenburg zugetheilt und eben dahin dirigirt werden solle, von lumbigen Personen bezweifelt. Vielmehr nimmt man an, daß der Marsch dieses Bataillons direkt ins kurhessische gehen würde. Eine Deute zum Aufbruch wird auch für letztere Truppenabtheilung täglich erwartet. Setzung, man merkt, daß sich erste Dinge vorbereiten, wozu noch die ganz veränderte Sprache der Diplomaten kommt. Es scheint, daß Preußens übergroße Langmuth den frechen Glauben erzeugt hat, man könne das Berliner Kabinett mit einigen Divisionen über den Haufen rennen. Preußen mit seiner halben Million Greitern wird jetzt zu zeigen haben, ob es die rechte Sprache zu finden weiß. (Conf. Ztg.)

Frankfurt, 22. Oktbr. Fürst von Thurn und Taxis, Oberbefehlshaber des in Ober- und Unter-Franken aufzustellenden Armeecorps ist heute Morgen 9 Uhr hier eingetroffen und hat sein Absteigequartier im Gasthause zum „Römischen Kaiser“ genommen. Heute Mittag empfing derselbe die Besuche vieler hiesigen Stabs-Offiziere. (D. P. A. Z.)

München, 21. Oktober. [Ein friedlicher Kriegsrath.] Baiern wird nicht Krieg führen aus Mangel an Geld. Heute berief der Kriegsminister die 6 ältesten Generale der Garnison und den Chef des Generalstabes zu einem Kriegsrath zusammen, welcher über 4 Stunden währte. So viel ich zu vernehmen Gelegenheit hatte, so herrschte dort, trotz der kriegerischen Zurüstung und der drohenden Artikel der „Neuen Münchener Zeitung“, noch keine Aussicht auf einen Krieg vor. Oesterreich dringt wohl auf Intervention in Kurhessen, allein Baiern jögert, weil es den von den Ständen für das Militär bewilligten Etat bereits schon lange verbraucht, und Oesterreich wahrscheinlich selbst kein bares Geld vorzuschießen vermag. Man gönnt sich deshalb vor der Hand damit, eine herausfordernde Stellung eingenommen zu haben und verfügt im Stillen bereits schon wieder Beurlaubungen, wie es

heute mit einer von Lin dau kommenden beinahe 400 Mann starken Abtheilung geschah. Gestalt unsere Regierung nicht von irgendwoher Geld, so wird der beabsichtigte Feldzug kein rühmliches Ende nehmen. Es wird bereits jetzt schon wieder möglichst auf Einsparung, d. h. auf möglichst wenig Verbrauch gesehen und deshalb die Soldaten beim Armeekorps am Rhein auch nur auf Dach und Fach einquartiert und zum eigenen Menagieren angehalten, weil die Quartiervergütungen nach dem neuesten Gesetz über Einquartierung ungenügend in den Kosten laufen. Die Kantonnierungszulage von 3 Kr. täglich per Mann wurde übrigens bewilligt.

Waffenburg, 21. Oktober. [Militärisches.] Heute früh um 8 Uhr marschirte das seither dahier garnisonirte 1. Bataillon des 11. Regiments, so wie eine Eskadron Chevau-légers und eine halbe reitende Batterie von hier ab, um sich in Aisenau und den weiteren, dicht an der kurhessischen Grenze gelegenen Dörfern aufzustellen. Heute Nachmittag wird das zu der hiesigen Brigade gehörende und bisher in Osnabrück und den zunächst gelegenen Dörfern kantonirte 1. Bataillon des 4. Regiments hier eintreffen und bei den Einwohnern einquartiert werden. Der weitere Bestimmungsort dieses Bataillons ist vorerst noch nicht bekannt. Sodann soll auch das in Frankfurt liegende 2. Bataillon des 14. Jäger-Bataillons bereits nächster Tage hier anlangen und die hiesige Kaserne, worin seither das heute abmarschirte Bataillon des 11. Regiments lag, beziehen. (A. S.)

Von der mittleren Bahn, 18. Oktober. [Militärisches.] Heute sind in Limburg, Niederhadamar, Hadamar und Dertelbach ungefähr 800 Mann preussische Infanterie vom 17. Regiment und in Limburg noch eine halbe Batterie Artillerie einquartiert. Sie kommen von Koblenz und flößen zu dem Korps bei Weimar, werden jedoch, wegen Mangel an Raum, auf hiesigem Gebiet, in den Dörfern Cubach, Seltritz u. dergl. Ein Stabsoffizier ging gestern nach Wiesbaden, um die Erlaubnis von Seiten des Ministeriums einzuholen. Morgen sollen die übrigen 1600 Mann des 17. Regiments folgen, so wie in einigen Tagen einige Mann Ulanen. (N. A. 3.)

Karlsruhe, 21. Okt. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] führte die Tagesordnung zur Berathung des Namens der Petitionskommission vom Abg. Biffing abgelesenen Bericht in Betreff der Bitte vieler Bürger von Miesfeld, Stodach, Möhringen, Gemmingen, sowie der Dörfer vorgelegten des Amtes Bonndorf und der Wahlmänner und Gemeinderäte von fünfzehn Gemeinden des besthiesigen Amtes behufs der Erwerbung einer Amnestie für diejenigen badischen Staatsbürger, welche der Theilnahme an Hochverrathe beschuldigt sind. Der Antrag der Kommission, der am Schlusse des Berichtes gestellt worden, lautet: „Die Kammer wolle die vorliegenden Petitionen dem großherzogl. Staatsministerium mit dem Wunsche empfehlen überweisen, die gegen die minder Beteiligten an der Revolution einzuweisenden zurückgelegten Untersuchungen nebst allen Folgen vollständig niederzuschlagen.“ Im Verlaufe der Diskussion stellte Abg. Vogelmann folgenden Antrag: „den Kommissionsbericht mit dem Wunsche dem großherzogl. Staatsministerium zu überweisen, nach den darin entwickelten Grundsätzen mit dem Begnadigungsrecht wie bisher zu verfahren.“ Dieser Antrag, sowie der der Kommission wurde angenommen.

Hannover, 21. Okt. [Die Ministerkrisis] ist doch wieder nicht beendet. Eine Kleinigkeit hat verhindert, daß die Angelegenheit wieder in die Schwärze gerathen ist. Die Minister haben nämlich eine lange Liste von Bedingungen aufgestellt (man sagt 30 an der Zahl), unter denen sie dem Lande das Geld schenken wollen, noch ferner fort zu regieren. Es sollen darunter sehr bedenkliche Forderungen gewesen sein. Der König hat Anstand genommen, auf solche Bedingungen einzugehen. Das Ministerium soll sich sehr über diese Weigerung wundern, und unnatürlich finden, daß man keine so große Opfer für die Fortdauer ihrer Regierung bringen will. Sie haben, glauben wir, völlig recht in diesem Punkte. (H. C.)

Ubenburg, 20. Okt. [Die Staatsanteile der Herzogthümer Schleswig-Holstein] macht in unserer nicht eben wohlhabenden zu nennenden Stadt gute Fortschritte. Eine ziemlich Reihe von Namen ist gleich in den ersten Tagen eingetragen worden. Alles für Schleswig-Holstein! ist die Tagesordnung, und die Ueberzeugung dringt immer tiefer ein: Schleswig-Holsteins Sache ist jetzt der einzige feste Ankergrund für Deutschlands Sache; geht Schleswig-Holsteins Sache verloren, bewähret an ihr die deutsche Nation sich ohnmächtig und feige, so geht Deutschlands Intelligenz auf lange Zeit zu Grabe, sicher, unaussprechlich! (Wes. 3.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 21. Oktober. Nach einer aus Flensburg eingegangenen Nachricht rücken die Reserven der Dänen in bedeutender Stärke nach Schleswig vor, so daß wir vielleicht nächstens einen Gruß von ihnen erwarten können. — Dasselbst wird hiezu von einem bedeutenden Angriff der Dänen auf die Schleswig-Holsteiner, der nahe bevorstehen soll, gesprochen, vielleicht ohne Grund. Man schließt daraus nach der Einrichtung neuer Lazarethe, nach der Ankunft von schwerem Geschütz, welches am Bord zweier gestern von einem Dampfschiffe einbugelerten Fahrzeuge sein soll (Zubehör, als Raketen u. dgl. m. sieht man freilich schon an der Schiffbrücke liegen). In die Flensburg St. Marien-Kirche, die zum Lazareth dient, werden jetzt Defen gebracht. (B. D.)

Russland.

Warschau, 22. Oktober. Gestern Mittag traf die Großherzogin von Meklenburg-Schwerin, Schwester Ihrer Majestät der Kaiserin, hieselbst ein.

Oesterreich.

Wien, 22. Oktober. [Der Hofagent Dembscher. — Oberbürgermeisterwahl.] — Graf Raudissin. Von der Angelegenheit des Hofagenten Dembscher, der bereits nach gelangener Operation die Sprache wieder gewonnen hat, erfährt man, daß die Ausschreitung des falschen Gerüchtes vom Einrücken k. k. Truppen in Deutschland nicht die Ursache seines Selbstmordversuches gewesen, sondern jener Dembscher eben nur die Folge seiner insgeheim ganz zerütteten Vermögensverhältnisse war und die er durch eine große Börsenoperation zu verbessern suchte. Hr. Dembscher besorgte bis zur Stunde die Gangeschäfte vieler Generale und genoss überhaupt in der Armee ein unbedingtes Vertrauen; nicht wenige jener hohen Offiziere sollen durch den Bankerott dieses Mannes namhafte Verluste erlitten und namentlich entging der Marschall Walewski einer Einbuße von einigen Tausend Gulden bloß durch die Weigerung eines Kriegskassenbeamten, welcher die Auszahlung der von Dembscher angelegenen Summe, trotz Vorzeigung einer vom Marschall ausgestellten Vollmachtserkunde zur unbeschränkten Gebahrung mit dessen Geldern, einschließen verweigerte. Uebrigens liegt auf der ganzen Geschichte ein unheimliches Dunkel, das nur durch die Verhandlungen eines öffentlichen Gerichtsverfahrens verschleut werden könnte, allein die Militärgeheimhaltung, die Sache mit einer Geldbuße von 100 Fl. abzuhandeln, falls nicht doch von anderer Seite eine entsprechende Untersuchung eingeleitet werden sollte. — Nun die Gemeinderathswahlen nebst Nachwahlen in allen Sektionen vollendet sind, kommt die Reihe an die Wahl des Bürgermeisters und dieses hat der Senat derselben als der charak-

teristische Stempel der neuen Gemeinde-Behörde gelten. Wir zweifeln indes nicht, daß der ultrakonservative Dr. Seidler, derzeit Präsident des Gemeinderaths, der Sieger sein werde, denn die Fittige, die ihn schirmen, sollen in hohe Regionen hinaufreichen und mit Dingen in Verbindung stehen, die den Oesterreichern von 1848 angehören. Der Kandidat der liberalen Partei ist der frühere Handelsminister, Fabrikant Hornbostl, hat jedoch keine Aussicht durchzubringen; außerdem werden General Baron Stiff, vormalig Unterstaatssekretär im Finanzministerium, und der abgedankte Bürgermeister Szapka, den man aber nur als Gemeinderath, nicht aber als Gemeinde-Chef sehen möchte. — Der als Premier-Lieutenant und Adjutant in Friedrichshof in Hofstein stationirte Graf Raudissin hat nunmehr seine Entlassung aus dem oesterreichischen Staatsdienst erhalten, indem er bei der k. k. Bergdirektion zu Eisenerz in Steiermark eine subalterne Stelle mit 500 Fl. Gehalt bekleidet. Graf Raudissin trat im Frühjahr 1848 beim Ausbruch des Kampfes gegen Dänemark in die herzogliche Armee, wozu die damalige kaiserliche Regierung bereitwillig den erforderlichen Urlaub ertheilte und seitdem immerfort verlagerte. Erst ein paar Wochen vor dem Beginn der Feindseligkeiten, nach dem Abzug der preussischen Truppen, erhielt der Graf von Seite des Ministeriums die Aufforderung, auf seinen Posten zurückzukehren oder dem oesterreichischen Staatsdienst zu entsagen, indem kein weiterer Urlaub bewilligt werden könne, worauf der junge Offizier das Letztere wählte.

Die ministerielle O. C. schreibt: „Eine Nachricht, die vor Kurzem erst durch die meisten deutschen Blätter lief, meldete mit einem Ansehn von Bestimmtheit, daß England bezüglich der eventuell bevorstehenden Intervention des deutschen Bundes-tages in Kurhessen einen Protest abgegeben habe. Wie wir aus vollkommen zuverlässiger Quelle erfahren können, ist ein solcher Protest weder zu Wien noch zu Frankfurt a. M. eingelaufen und hat das englische Kabinett auch sonst keine Veranlassung gefunden, sich über die Beschaffenheit der kurhessischen Wirren offiziell zu erklären.“

N. B. Wien, 23. Oktober. [Lagesbericht.] Hr. Kaiser begeben sich heute Abend mittelst der Nordbahn nach Krakau, wo Aufenthalt genommen wird. — Premierminister Fürst Schwarzenberg ist heute früh nach Warschau abgereist. — Die gestern gehaltene große Minister-Konferenz behandelte die deutsche Bundesangelegenheit. — In wohlunterrichteten Kreisen will man wissen, daß die Möglichkeit einer Annäherung zwischen den beiden deutschen Großmächten ferner als je sei, was doch eigentlich im Widerspruch steht mit der Aeußerung des Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg, der im letzten Ministercath die Versicherung gab, daß die Wirren eine friedliche Lösung haben werden. — Nach der mit dem 1. Novbr. ins Leben tretenden neuen Geschäftsordnung der k. k. Armee zerfällt das allerhöchste Armees-Departement in drei Departements: die General-Adjutantur — die Organisations-Abtheilung — und die Operationskanzlei. Die letztere besorgt nebst Leitung der Militär-Centralkanzlei die Ueberwachung des gesammten Dienstes, alle Personal- und Dienstangelegenheiten der Armee. Die Organisations-Abtheilung überwacht die Organisation, Adjutur, wissenschaftliche und dienstliche Ausbildung der Truppen. Die Operationskanzlei leitet alle operativen Geschäfte der Armee und Flotte des General-Quartiermeisterstabs, die Entwürfe zu größeren Manövern und Friedenslagen. — Ein zwischen Baiern und Oesterreich verabredeter, die freie Donauschiffahrt betreffender Vertrag ist zum Abschluß gekommen. Eine bis Donauwörth reichende Regulirung des Stromes wird vertragmäßig von beiden Mächten bedungen. — Der Gemeinderath protestirt gegen die neuesten Bestimmungen des Ministeriums, nach welchen ein neuer ausgedehnter fortifikatorischer Rayon für Wien bezichtigt wurde. Mehrere der Gemeinde gehörigen Grundstücke würden dadurch an Werth verlieren, ohne daß je Entschädigung dafür zu erwarten ist.

Gestern sind abgereist: Sr. kaiserliche Hoheit der Erzherzog Joseph nach Prag und Graf Ruffstein, k. k. außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am k. sächsischen Hofe, nach Dresden.

Die heutige Börse war ungewöhnlich bewegt; die Vorhaltung wichtiger Vorgänge in Deutschland trug dazu bei. Daß jedoch bei den bedeutenden Kurschwankungen des gestrigen und heutigen Tages mehr panischer Schreck und Agiotage statt ruhigen berechnenden Denkens und Abwiegens der Verhältnisse einwirkten, beweisen die heutigen Kurse des Goldes, verglichen mit denen der fremden Wechsel. Während Dukaten mit 28 1/2 Agio bezahlt wurden, ward London gleichzeitig mit 11 1/2 57 Kr. hintangegeben, da doch in beiden benannten Werthen ein Wertunterschied von 4 bis 5% besteht.

Das NB. schreibt: Nach der Börse, obwohl die Kurse dieselben blieben, war noch flauere Stimmung. Der Lloyd will wissen, es seien im Auftrage Berliner Häuser Verkäufe gemacht worden.

Von der ungarischen Grenze, im Oktober.

[Die ungarischen Zustände] verschimmern sich täglich, so daß selbst jene lebensfrohen Sanguiniker, welche stets die Zukunft im rosenfarbenen Licht erblicken und darum leicht über die Risse und Stümpfe der Gegenwart hinwegsehen, anfangen ernstlich gestimmt zu werden, und nur mit Bangigkeit den Blick in das trübe Morgen werfen. Sehr viel trägt hierzu die Unentschiedenheit bei, welche seit einem Jahre über dem Lande schwebt, und die Gemüther theils in Spannung erhält, theils wieder stumpf und gleichgültig macht; erst mit der Feststellung eines neuen gesetzlichen Zustandes in Ungarn, können die Meinungen sich sonnen und die Nationalität wird dann häufig nicht mehr die Standarte einer systematischen Opposition sein, wenn die politischen und materiellen Interessen fortan eine frische Strömung in die erstickende Atmosphäre des Volkslebens bringen und selbe auf die bloß negative Oppositionspolitik mit Erfolg als ägendes Element wirken würden. Die vielfachen Steuerlasten, mit denen der Ungar jetzt überbürdet wird und welche demselben um so unerträglicher erscheinen müssen, als er dieses Abgabensystem bislang nur vom Hörensagen gekannt hat, werden alsdann nicht mehr so erbittern, wenn man andererseits auch erfährt, wofür diese ungeheuren Leistungen in Anspruch genommen werden und sobald man die Rechte und Vortheile kennt, welche dafür gewährt sind. Unter dem Witzwort des militärischen Provisoriums kann freilich ein Behagen an den neuen Verhältnissen nirgends aufkommen und es ist vielleicht die unglücklichste Maßregel, die Aufrechterhaltung eines neuen Steuerwesens mit einer totalen Rechtsberaubung synchronistisch durchzuführen, da doch eben der pekuniäre Druck durch eine moralische Erhebung gedeckt und paralytisch werden sollte. Ueber die Wahr der Persönlichkeit für den Staat alterposten ist noch immer nichts entschieden, denn alle Männer, denen man deutschen angeboten, haben dessen Annahme an Bedingungen geknüpft, die sich mit dem Centralisationsprogramme des Ministeriums nicht vereinbaren lassen; weder Deak, noch Baron Vay, weder Fürst Esterhazy, noch Baron Szögöny sind geneigt, ihren Namen als Schild für die vernichtenden Tendenzen der österreichischen Staatspolitik herzugeben, sondern verlangen vielmehr, daß man sie bei der Organisation des Landes zu Rathe ziehe, nicht aber sie eben nur als willkommene Werkzeuge zur Durchführung eines fertigen Plans gebrauchte wolle. Das Gerücht, welches die Statthalterhaft Ungarns dem Grafen Ludwig Karolyi zugehört, verleiht sehr viel von

seiner Lächerlichkeit, wenn man bedenkt, daß die Machtfälle eines Statthalters in Ungarn nach der ministeriellen Idee des Gesamtstaates in Zukunft sehr gering sein wird, und demnach just ein Mann von einigen administrativen Kenntnissen vollkommen dafür ausreichen dürfte, ja eine parlamentarische Größe für eine rein bürokratisch zugeschnittene Stellung ganz und gar unpassend wäre. — Die Uebergriffe der Soldatenherrschaft häufen sich, denn sie bleiben gewöhnlich strafflos und diese Straflosigkeit wirkt aufmunternd. * Von der russisch-bukowinac Grenze schreibt man: „Die Russen scheinen sich marschfertig zu halten, um durch die Macht der Bajonette die schwabenden politischen Fragen zu entscheiden. Selbst in unserm von Galizien, der Moldau und dem russisch-besessenen Lande begrenzten Winkel wird es lebhaft. Man spricht von Truppenmärschen. Es sind Einquartierungen angefangen und es sollen einige Bataillone die Dörfer erhalten haben, der Grenze näher zu rücken und sich jeden Moment bereit zu halten, sich in Marsch zu setzen. Schon sind in Folge dieser Dislokationen und der Erwartung russischen Militärs die Preise des Getreides und des Heues bedeutend gestiegen und es ist noch ein Glück, daß das Aukturmehl, welches in diesen Gegenden allgemein gebraucht wird, dieses Jahr sehr billig ist.“

Aus Triest vom 21sten erhalten wir die Nachricht, daß an sämmtliche im dortigen Hafen liegende Kriegsschiffe die Befehle ergangen ist, sich segelfertig zu halten. Einige derselben sind bereits abgegangen. Die von ihnen zu nehmende Richtung ist nicht bekannt. (Lloyd.)

Mailand, 19. Okt. Heute sind die Telegraphenlinien des lombardisch-venetianischen Königreichs sowohl zum Dienste des Staates als zum Gebrauche des Publicums zwischen Mailand, Venedig und Verona eröffnet worden. Die Verbindung mit Wien kann vorläufig nur über Verona und Innsbruck unterhalten werden. Das Mailänder Telegraphenamt befindet sich in dem Palaste der k. k. Statthalterei. — Das Mailänder Comité, welches sich zur Unterstützung der überschuldeten dreicantischen Dörfer gebildet hat, weiß neuesten einen Betrag von 141,400 Lire aus.

Italien.

Turin, 18. Okt. Nach der Croce di Savoja wäre beschlossen worden, das gesammte Königreich mit einem Telegraphennetze zu überziehen. — Der Gesetzentwurf, wonach die Justizorganisation geregelt werden soll, besteht aus 469 Artikeln, und es soll dadurch eine gründliche Umwandlung der Gerichtspflege des Königreichs angebahnt werden.

Florenz, 15. Oktober. Dem Vernehmen nach wird der Großherzog mehrere Monate fern von der Hauptstadt zubringen. Demnach würde auch der Carneval ohne die Anwesenheit des Hofes gefeiert werden. Er will seinen Aufenthalt abwechselnd zu Siena und Lucca nehmen und wird vielleicht auch eine Reise nach Neapel antreten. — Gestern traf ein Trupp Oesterreicher ein, um ein hier garnisonirendes Regiment zu komplettiren.

Neapel, 9. Oktober. Mittels Manifestes vom 27. hat der FML. Nunciante 4 mobile Kolonnen, welche die Provinz Cosenza durchstreifen, und zwei weitere für den Distrikt Cotrone in der Provinz Kantanzara errichtet; sie haben die Bestimmung, die gestörte Ruhe und Ordnung daselbst herzustellen.

Frankeich.

Paris, 21. Oktober. [Lagesbericht.] Man hört im Allgemeinen nur eine Stimme darüber, daß der Artikel des Hrn. Dr. Veron im „Konstitutionnel“ über Changanter ein Amuthszeugnis für das Geyse ist, und daß er so zu sagen den Präsidenten zu den Füßen des Generals legt. Scheinbar sagt der Doktor der Präsidentschaft zwar, daß der General Changanter sich vernichten würde, wenn er sich von dem Chef der Exekutivgewalt trennte; allein es herrscht in dem Artikel ein so dringendes Verlangen, den General zu überführen, daß ihm impudic der Schiedspruch übertragen wird, der ihm von den konservativen Journalen vorzüglich vindict wird. General Hauptou hat den Artikel auch vollständig so aufgefaßt und hat, wie es scheint, in dem Geyse Rechenschaft darüber verlangt. Der Präsident soll ihm die Bedeutung des Artikels des „Konstitutionnel“ in Abrede gestellt haben. Dieser Antwort war jedoch nur von der Noth des Augenblicks dictirt, denn wenn ich gut unterrichtet bin, so hat sogar der Minister Fould selbst den Artikel über Changanter revidirt, wodurch das Geyse sich gewissermaßen verantworten gemacht hat.

Uebrigens versichert Hauptou, daß alle Gerüchte über sein Ausscheiden aus dem Kabinett unbegründet seien, und daß er in dem Ministerium verbleiben wird. Möglich, daß er Recht hat, obgleich es positiv sein soll, daß Labitte einen hohen diplomatischen Posten für den ausscheidenden Kriegsminister auszufüllen beabsichtigt ist.

Wie dem nun auch sei, das momentane Verständniß zwischen dem Präsidenten und Changanter ist jedenfalls nur als ein Flickwerk zu betrachten, das der geringste Umstand über den Haufen werfen kann. Das Verbot sämmtlicher Journale in den Kasernen, und namentlich des napoleonischen Blattes „le Pays“, kann möglicher Weise schon diesen Bruch herbeiführen.

Das Ministerium setzt sich seinerseits mit den ankommenden Repräsentanten in Rapport, um sie für sich und gegen die Strenge des Permanenz-Senats zu gewinnen. Das Kabinett möchte, kurz gesagt, der Kommission nicht nachgeben, und sich in diesem Kampfe gern auf das Parlament stützen. Es ist indes evident, daß der Korps-Geist, der jetzt mehr als je die Nat.-Verfassung dominirt, diese Taktik des Kabinetts unwillkommen machen wird. Für den Präsidenten ist demnach jetzt nichts zu hoffen, weder von der Gewalt, noch von der List; später möglicher Weise Alles, von der Gelegenheit.

Ich habe Ihnen wiederholt von der hier herrschenden politischen Ruhe geschrieben. Es würde indes ein Irrthum sein, wollte man diese Ruhe als fest begründet ansehen. Das Feuer glüht unter der Asche, und täglich spritzen einzelne Funken hervor, die die wahre Lage der Dinge verrathen. Fast täglich finden hier und da Versammlungen und Zusammenkünfte statt, die bedeutungsvoll genug sind, und die Polizei kommt öfter zu spät. Hierbei spielt die Armee eine große Rolle, denn sie wird von den verschiedensten Seiten bearbeitet; hier für Changanter, dort für den Präsidenten und anderswo für den Sozialismus. Unter tausendlei Vorwänden weiß man sich jeden Abend zusammenzufinden, sich zu besprechen und zu verständigen. Der Schein wird getreut und die Wirkung erzielt. Die Führer der Nothen sind nicht so untätig, als dies den Anschein hat. Das Komitee der 25 tritt häufig zusammen und pflegt die wichtigsten Verhandlungen.

General Lahitte wird im Nord-Departement wahrscheinlich mit Bestimmtheit zum Repräsentanten gewählt werden, da die demokratischen Wähler sich der Wahl enthalten. Es ist vor einiger Zeit von Reklamationen gemeldet worden, welche das englische Kabinett wegen Entschädigungsgebern für englische Unterthanen an die Liffaboner Regierung erhoben hat. Diese Angelegenheit, welche viel Analogie mit der von Griechenland und Palmetston, wird verdrängt, soll auch dieses Mal entschlossen sein, seine Reklamationen mit Gewalt der Waffen durchzuführen, und Lord Normanby soll bereits dem hiesigen Ministerium des Auswärtigen die Ansprache gemacht haben, daß wenn

das portugiesische Gouvernement das ihm zugestellte Ultimatum unberücksichtigt ließe, die Feindseligkeiten sofort beginnen würden. Im Geyse fand heute Betreffs dieses Gegenstandes ein Ministercath statt.

Provincial-Beitung.

Breslau, 24. Oktober. [Se. k. Hoheit der Prinz Karl von Preußen] ist mit dem heutigen Frühzuge der nieder-schlesisch-märkischen Eisenbahn in Begleitung eines Adjutanten und des königlichen Bahn-Direktors Kostenobst hieselbst eingetroffen. Auf dem Perron des Bahnhofes hatten sich die Spitzen der Civil- und Militärbehörden zum Empfang des hohen Reisenden eingefunden. Unten den Ersteren bemerkte man den Hrn. Oberpräsidenten v. Schleinig, Hrn. Polizeipräsidenten v. Kehler, Hrn. Bürgermeister Barisch und Hrn. Stadtvorordneten-Vorsteher Dr. Gräber. Der Prinz ließ sich die Anwesenden vorstellen und bedauerte, unsere Stadt diesmal nur auf der Durchreise berühren zu können. Nach kurzem Aufenthalt fuhr Se. k. Hoheit nach dem ober-schlesischen Bahnhofe und setzte seine Reise mittelst Extrazuges nach Kofel fort, um daselbst den Kaiser von Oesterreich bei dessen Durchreise nach Warschau zu begrüßen.

Breslau, 25. Oktober. [Fünfzigjähriges Dienst-Jubiläum des wirklichen geheimen Ober-Finanzraths und Provinzial-Steuer-Direktors Hrn. v. Bigeleben.] Mit dem heutigen Tage beschließt der Provinzial-Steuer-Direktor von Schlesien, Hr. v. Bigeleben, ein halbes Jahrhundert, das er im Dienste des Staates durchlebt hat. Wir halten es daher für angemessen, den Lesern einige biographische Notizen über das Leben des würdigen Jubilars mitzutheilen.

Hr. v. Bigeleben wurde am 17. Februar 1775 in Arnberg geboren. 1792 bezog er die Universität Bonn, um sich dem juristischen Studium zu widmen. Als sein Vater, der kurfürstlich-königlicher geheimer Rath war, im Jahre 1794 das von den Franzosen okkupirte linke Rheinufer verließ, und seinem Landesherren auf das rechte Rheinufer folgte, verließ auch er die Universität Bonn, und bezog im Frühjahr 1795 die Universität Jena. Nach Beendigung der zehnjährigen Studienzeit begab er sich nach Leipzig, um sich dem Kurfürsten von Köln, der sich dort aufhielt, zur Disposition zu stellen. Derselbe munterte ihn auf, seine Studien fortzusetzen, da es seine Absicht sei, bei seiner Rückkehr nach Bonn, die er für ungewisshaft hielt, eine Professur für Staatswissenschaft und ein landwirthschaftliches Muster-Institut zu errichten, und ihm die Professur zu übertragen. Hr. v. Bigeleben setzte hierauf seine Studien noch 1 Jahr in Jena und 1 1/2 Jahr in Göttingen fort. Oftern 1798 beschloß er die akademischen Studien, und brachte den Rest des Jahres auf einem großen Landgute bei Paderborn zu, um sich mit der praktischen Landwirtschaft bekannt zu machen. Im Jahre 1799 wurde er bei der kurfürstlichen Hofkammer in Brilon beschäftigt, ohne jedoch förmlich angestellt zu sein.

Die Aussicht auf die Rückkehr des Kurfürsten in seine rheinischen Lande, war indes, wenn auch nicht ganz geschwunden, doch viel schwächer geworden, und Hr. v. Bigeleben folgte daher, mit Genehmigung des Kurfürsten einem Rufe des Fürsten von Waldeck. Er begab sich nach Krolsen, und wurde am 25. Oktober 1800, also heute vor 50 Jahren zum wirklichen Kammererath ernannt.

Nachdem das Herzogthum Westfalen an Hessen-Darmstadt gefallen war, wurde Hr. v. Bigeleben durch Patent vom 19. Oktober 1803 zum Mitglied der Finanzkammer in Arnberg ernannt und bald nachher beauftragt, der Kommission beizutreten, welche die Aufgabe hatte, die Grundsteuer der 3 hessischen Provinzen auszugleichen und zu reguliren.

Während der Kriegsjahre von 1806—14 war er mit Ausgleichung der Kriegskosten beauftragt. Als im Jahre 1816 das Herzogthum Westfalen mit der Krone Preußen vereinigt wurde, ging er in preussische Dienste über und wurde zum Rath bei der Regierung in Arnberg ernannt. Im Jahre 1817 nahm er thätigen Antheil an den unter dem Vorsitze des Ober-Präsidenten v. Vinde abgehaltenen provinziellen Konferenzen über die neue Steuergesetzgebung, wie auch an den Konferenzen des Ober-Präsidenten und Regierungs-Präsidenten von Rheinland und Westfalen über die Erweiterung des französischen Grundsteuer-Katasters in der Rheinprovinz und Westfalen.

Im Jahre 1821 wurde er zum Direktor bei der Regierung zu Münster, und bald nachher zum Stellvertreter des Ober-Präsidenten v. Vinde als Generaldirektor des rheinisch-westfälischen Katasters ernannt.

Im Jahre 1823 wurde versuchsweise die indirekte Steuerverwaltung von den 3 Regierungen der Provinz Westfalen getrennt und einem für die ganze Provinz bestellten Direktor übertragen, wobei Hr. v. Bigeleben zum geheimen Finanzrath und Provinzial-Steuer-Direktor, mit Beibehaltung seiner Stellung als Regierungs-Direktor und als Stellvertreter des General-Direktors des Katasters ernannt wurde. — 1825 wurde er vom Regierungs-Direktor entbunden und zum geheimen Ober-Finanzrath ernannt. — Im Jahre 1827 erfolgte seine Berufung als Provinzial-Steuer-Direktor für die Provinz Schlesien nach Breslau.

Als Auszeichnungen für treue Dienstleistung erhielt er von dem Könige den rothen Adlerorden 3ter Klasse, sodann denselben mit der Schleife und zuletzt den rothen Adlerorden 2ter Klasse mit Eichenlaub. — Im Jahre 1846 wurde ihm der Charakter eines wirklichen geheimen Ober-Finanzraths verliehen.

Die großen und mannigfaltigen Verdienste des Jubilars haben ihm von Seiten aller Deere, die mit ihm in Berührung zu kommen Gelegenheit gehabt, nur Hochachtung und Anerkennung verschafft, und sicher stimmen sie Alle heute in dem lebhaften Wunsche ein, daß der verehrte Jubilar noch lange in seinem Wirkungskreise erhalten werden möge.

Breslau, 24. Okt. [Bürger-Jubiläum.] Gestern feierte der von seinen Mitbürgern hochgeschätzte 79jährige Greis, Bürger und Goldarbeiter Andreas Gottfried Pech sein 50jähriges Bürger-Jubiläum. Eine Deputation der Stadtverordneten, bestehend aus den Hrn. Siebig, Kliche und Lind, beglückwünschte den Jubilar im Namen der Breslauer Bürgerschaft. Dasselbe geschah im Auftrage des Magistrats durch Hrn. Stadtrath Zwinger. Die Abgeordneten der städtischen Behörden sprachen die vollste Anerkennung über das zehnjährige Wirken des Jubelgreises aus, der seit 50 Jahren als Bürger hiesiger Stadt seinen Mitbürgern makellos gegenüberstehe und daher mit innerer Befriedigung auf die Vergangenheit zurückzusehen könne. — Unter den zahlreichen Verwandten und Freunden, welche ab- und zuginen, befand sich auch eine Deputation der sog. „alten Garde“, einer Gesellschaft hiesiger Bürger, welcher der Jubilar als Mitglied angehört. Diese Beweise aufrichtiger Theilnahme entlockten dem Wiedererwachte ein kräftiges Aussehen bewahrt hat. — Ueban den unigenen Freude und Dankbarkeit. Möge dieses Beispiel schlichter Bürgertugend auch in weiteren Kreisen die wohlverdiente Beachtung und Nachahmung finden.

